

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.40 Reichsmark, durch Postabnahme ohne Belegkarte 1.40 Reichsmark, durch die Post 1.50 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. © 1925 des Verlags-Vertrages. Zeitungsnummer 166. Die Zeitungen werden nach Reichs-Post-Zeitungen behandelt, die Zeitungsnummer 166.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Am Donnerstag hat die Generalfakultät der Zim-
merer den allgemeinen Streit befohlen. Auf der
Hauptversammlung des Verbandes der Baugesel-
schaften wurde der Beschluß, die Forderungen der
Gewerkschaften unter allen Umständen zurückzu-
weisen, erneuert.
Nach einer Mitteilung der Direktion der Berli-
ner Stadtkassen-Gesellschaft A.G. und der Berliner
Städtischen Wasserwerke A.G. werden vom 25.
August 1925 ab alle Lohnsätze für die männlichen
Arbeiter um 5 Wfg. je Stunde, für die weiblichen
Arbeiter um 4 Wfg. je Stunde erhöht. Dieses
Verbotkommunikation gilt seit bis zum 1. Oktober 1925.

Der Beirat für das Luftfahrzeugwesen erörtert
eingehend die Luftfahrzeug der Beschlüsse der Kon-
ferenz. Er wählte Johann einen Ausschuss aus Ver-
tretern der Industrie, Technik und Rechtskunde,
des Luftverkehrs, des Sportes und der Arbeit-
nehmer. Dieser Ausschuss wird dem Reichsver-
kehrsministerium als Grundlage für die Beurteilung
der Note ein eingehendes Gutachten
einreichen.

„Daily Mail“ meldet aus Oslo: Die amtliche
Schwangerschaft hat am 2. Juni den Antrag
der deutschen Zepplinflieger, einen Zepplin für
die Erforschung des Nordpols zu stellen, abgelehnt.

Die weiblichen Reichstagsabgeordneten
aller Parteien haben folgendes
Schreiben an die Mitglieder des Reichstags ge-
schrieben: „Die Frauen des Reichstags wenden
sich nochmals dringend an die Mitglieder des
Reichstags den Beschlüssen des Hausparlamentes
auf Artikel 14 der Verfassung zu bekräftigen
nicht zurückzuführen. Der Artikel 14 wider-
spricht der verfassungsmäßigen Frauen gewäh-
rten Rechte, er geht über die heutigen großen
sozialen Schwierigkeiten der Beschäftigung hinaus
und unterliegt die verarbeiteten Beamtinnen
einem Sonderrecht, gegen das sie vom Reichs-
parlament, Frau und der Beamtin mit Recht auf das
Rechtsbrüchlichkeit Beschwerde einlegen“.

Der Hauptausfluß des Breußischen Landtags
nahm am Donnerstag den Luftfahrtsausbau an. Der
Vertrag auf die Aufstellung der Luftfahrtsausbau
demokratischen Sozialdemokraten und Kommuni-
stischen abgelehnt.

Der vom Völkerverband eingeleitete Sachverständigen-
ausschuß, der sich mit Reichstagsfragen beschäf-
tigt, hat wieder Lage in Paris eine Sitzung abge-
halten, an der sich auch ein Vertreter der Reichs-
bahngesellschaft beteiligte. Im Verlaufe der Kon-
ferenz sind verschiedene Fragen, die sich auf Tarife,
Warenbestimmungen so wie auf Beförderungs-
regeln im Warenverkehr bezogen, behandelt wor-
den.

Die tschechischen Blätter „Národní“ und die
„Gazeta Těšinská“ protestieren energisch gegen
die Wärsch der italienischen Forderungen, auch
den tschechischen Konventionen als „unrechtes Ge-
biet“ zu betrachten und ihm das Schicksal Süd-
böhmen bereiten zu wollen. Der Bundesrat in Bern
wurde zur Stellungnahme gegen die Abtrennungs-
bestrebungen aufgefordert.

Die Bemühungen, die englischen Lebenshelfer
und Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammen-
zubringen, wurden am Donnerstag von der eng-
lischen Regierung erneuert. Das Kabinett hielt
eine Sonderberatung ab, in der die Lage eingehend
erörtert wurde.

Im Glyn Heath (Wales) mussten 5000 Strei-
kende eine Röhrelegen, in der 700 Bergleute
arbeiten. Die Streikenden nicht auswendig
gehen wollten, griff die Polizei ein, wobei 16
Bergleute verletzt wurden. Die 700 Arbeitswil-
ligen kehrten hierauf die Arbeit ein.

Der Streit in den englischen Tuchfabriken
nimmt schärfere Formen an. Es fand eine Kon-
ferenz mit den Arbeitgebern statt, die unterrich-
tlich veranlassen, den Arbeiter die Arbeit unter
den alten Bedingungen wieder aufnehmen und sich
verpflichten, nicht mehr in den Streit zu treten.
Diese Forderung wurde von den Streikenden ab-
gelehnt.

Ein neues photographisches Verfahren, das die
ganze Luftaufnahme im Kriege neu gestalten
wird, wurde gestern auf dem Gut des Vorsitzenden
des amerikanischen Ausschusses für Militärfragen,
Woodsworth, vorgeführt, wobei Flieger in einer
Sichtweite von 9 Minuten sichtbar in der
Welt aufnahmen, entwickeln und ablesen. Bei
dem neuen Verfahren kommt ein Film zur Ver-
wendung, der bei der Entwicklung als positiver
Bilder erscheint.

Die die „Morningpost“ aus Melbourne mel-
det, hat der australische Senat der Aufhebung der
Zölle und Einwanderungsbeschränkungen von
Staatsangehörigen der früheren feindlichen Mit-
telmächte in Australien zugestimmt.

Verkündung der Aufwertungsgesetze.

Donnerstag abend, 10 Uhr, wurde eine
amtliche Mitteilung veröffentlicht, nach der der
Reichspräsident die vom Reichstag zur Rege-
lung der Aufwertung beschlossenen Gesetze voll-
zogen und ihre Verkündung veranlaßt hat.

In einer halbamtlichen Verkaufsanzeige hier-
zu heißt es:
„Der Reichspräsident hat den gemeinsamen
Vortrag des Reichstanzlers, des Reichsministers
der Justiz und des Reichsministers der Finanzen
über die vom Reichstag zur Regelung der
Aufwertung beschlossenen Gesetze und die Frage
einer etwaigen Aufhebung der Verkündung ent-
schieden. Der Reichstanzler und die
Reichsminister legten die Vorteile dar, die die
neuen Gesetze gegenüber der dritten Steuer-
verordnung zugunsten der Gläubiger ent-
halten. Sie wiesen ferner darauf hin, daß

nach einmütiger Auffassung des Reichsab-
sicht eine Aufhebung der Verkündung der vom
Reichstag beschlossenen Gesetze eine für Volkswir-
tschaft und Staatsfinanzen verhängnisvolle
Lage schaffen, den inneren Frieden der Bevölke-
rung gefährden und so auch den Gesamtinter-
essen des Volkes zuwiderlaufen würde. Der
Reichspräsident, der sich auch gemeinsam mit
den Reichsregierungen dazwischen bemüht hat, eine
den Interessen der Gläubiger, namentlich der
Kleinstrentner und Arbeitslosen möglichst ge-
richtige Lösung der Aufwertung herbeizuführen,
berücksichtigend, konnte sich der Verkündung der
ihm vorgelegten Gründe nicht verschließen.
Der Reichspräsident hat sich deshalb dahin ent-
schieden, von dem ihm nach der Reichsver-
fassung zugehörigen Rechte, die Regelung der
Gesetze auszuüben, keinen Gebrauch zu machen
und hat demgemäß die beiden Gesetze voll-
zogen und ihre Verkündung veranlaßt.“

Die Antwortnote über den Sicherheitspakt.

Der Reichstanzler hat Donnerstag nachmittags
die sämtlichen Parteien mit Ausnahme der So-
zialisten und Kommunisten zu sich berufen, um die
Verantwortung über den Inhalt der deutschen An-
twort zu infamieren und die Stellungnahme der
Parteilieferer kennen zu lernen. Der Sprech-
worter der Reichsaussenminister heißt: Die große
politische Aussprache über die Note, die am
Sonntag ab, höchstens am Montag veröffent-
licht werden wird, hat am Montag begonnen. Die
Aussprache wird mit einer vom Reichstanzler ab-
geordneten Regierungserklärung, einzeln abge-
halten, die sich auf die allgemeine äußere und innere
Politik beziehen soll. Mit der Bekräftigung der
Regierungserklärung sollen verbunden werden die
Beurteilung der von den Sozialdemokraten ein-
gebrachten Interpretation über die Außenpolitik
und das von den Sozialisten eingebrachte Miß-
verständnis gegen den Reichsaussenminister.
Über den vorausgesetzlichen Inhalt der deut-
schen Antwortnote erlaubt man zu wissen, daß die
allgemeine Tendenz der deutschen Antwort dahin
gehen wird, weitere Verhandlungen mit der fran-
zösischen und indirekt auch mit der englischen
Regierung zu ermöglichen. Ob die deutsche An-
twort den unmittelbaren Übertragnen zu münd-
lichen Verhandlungen über den Sicherheitspakt

zur Folge haben wird, also schon im August eine
internationale Konferenz stattfinden wird, wird
von einer dem Reichsaussenminister, nachstehenden
Seite noch für ungewiß erklärt. Dagegen wird,
beruht auf anderer Seite, wahrscheinlich nicht
nächst ein Meinungsaustausch zwischen Paris und
London stattfinden, da die deutsche Außenpolitik
London aufwirft, über die sich die englische und
französische Regierung erst noch ihrerseits werden
unterrichten müssen. Es ist anzunehmen, daß die
Note auf die verschiedenen von Brüssel herüber
übertragenen, fortsetzt einzeln und nicht nur eine
Empfangsbekräftigung darstelle.

Einigkeit bei den Regierungs- parteien.

Bei der Befragung des Reichstanzlers mit
den Vertretern der Regierungsparteien über den
Inhalt der Note wurde, wie wir aus parlamen-
tarischen Kreisen erfahren, zwischen Reichsregie-
rung und Regierungsparteien volle Übereinstim-
mung erzielt. Die Vertreter der Regierung-
sparteien haben ihre Zustimmung zu der Note
gegeben. Sozialdemokraten und Demokraten haben
ihre Stellung vorbehalten.

Berliner Brief.

Von unserem Berliner Vertreter.
Am Montag werden im Reichskabinett die
offiziellen Beratungen über die Entwaffnungs-
und die Luftfahrtsfrage beginnen. Die ab-
schließenden Gutachten zur Entwaffnungsfrage liegen
vollständig dem Reichskabinett vor.

Zur Vorbereitung des Zollkommissions-
berichts haben die Parteien für die beiden letzten Tage
der Woche wieder Fraktionsitzungen einberufen.
Das Festhalten der Regierung an den Mindest-
sätzen hat alle bisherigen Einigungsergebnisse
über den Saufen geworfen. Ein Schrift der
früheren Gewerkschaften richtet sich nicht gegen
die Zollvorlage selbst, sondern wünscht Sicher-
heiten gegen eine Preissteigerung der wichtigsten
Lebens- und Gebrauchsgüter nach Einführung
der neuen Zölle. Das Zentrum hat die Ent-
scheidung über die Mindestsätze auf Sonnabend
bzw. Montag vertagt. Mit Eiseren, dem
Führer der Opposition im Zentrum, hatte der
Reichstanzler Donnerstag früh eine längere
Unterredung.

Für die politische Aussprache am kommenden
Mittwoch sind acht Sonderanträge der Parteien
angemeldet. Wie wir zuverlässig erfahren,
werden auch Sozialdemokraten und Kommuni-
stischen unter allen Umständen Mißtrauensan-
träge gegen das Kabinett Luther-Stresemann
einbringen. Wie wir weiter erfahren, ist Außen-
minister Stresemann entschlossen, in der Sitzung
die Vertrauensfrage zu stellen.

In Brandenburg fanden in den letzten
Tagen Besprechungen von kommunistischen
Organisationen zur Vorbereitung eines Land-
abwärtsbesuches statt. Auslassungen der roten
Fahne bereiten seit dem landläufigen Kommu-
nistenkongress im preussischen Landtagsgebäude
auf eine Aktion der Landarbeiter während der
Erntezeit vor. Mit der Bewegung unter den
Landarbeitern stehen die Arbeiter in den ge-
meinen in der Nähe, politische Arbeiter so ab in
den Großbetriebe Betrieben beschuldigen, in
Verbindung. Die Kommunistenkonferenzen
in der russischen Besatzung tragen ihre Früchte.

Reichstag.

Der Gesetzentwurf über die Abhebung öffent-
licher Anlagen wurde am Reichstag am
Donnerstag in namenhafter Zustimmung in dritter
Lesung angenommen. Die Annahme erfolgte mit
227 Stimmen der Kompromissparteien gegen 196
Stimmen der Opposition. Zwei Mitglieder haben
sich bei der Abstimmung enthalten. Der Gesetzentwurf
Erziehung der Deutschen Rechtsan-
walt wurde unter Ablehnung aller Abänderungs-
anträge der Opposition gleichfalls in der
Fassung der Kompromissparteien genehmigt. Auf
die von dem Reichsaussenminister über die
Angewandtenwissenschaften, der eine
Erhöhung der Leistungen, aber auch der Beiträge
für die Angestelltenversicherung und die In-
sicherheitsversicherung vorschlag, wurde in allen drei
Lesungen angenommen. Die Versicherungsfrage
bleibt bei der Angestelltenversicherung 6000 Mk.
Bei der Invalidenversicherung ist die Grundrente
von 120 auf 160 Mk. erhöht. Dann wurde in die
Beratung der Personalabbauein-
ordnung eingetreten. Reichsaussenminister A.
S. hat in der letzten Rede darüber Ausdrück,
daß durch diese Verordnung der Personalabbauein-
ordnung und die Einstellungsbeschränkungen ge-
mildert werden. Von den Vereinderten kam nur
noch Wg. Steinplatz (Soj.) zu Worte, der sich be-
gegnete, daß auch durch die neue Verord-
nung die Beschäftigungsforderungen gegen weibliche
Beamtinnen aufrechterhalten würden. — Nach 8 Uhr
vertagte sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

Industrievertreter beim Kanzler.

Der Reichstanzler empfing Mittwoch im
Gegenwart des Reichsfinanzministers Vertreter
des Gewerkschaftsverbandes der deutschen Industrie aus
allen Teilen des Reichs. Die Herren richteten an-
sichts der außerordentlichen Notlage, in der sich
das deutsche Volk befindet, an die Reichs-
regierung die dringende Bitte, an dem neuen Ein-
wurf des Finanzausgleichsgesetzes unter allen Um-
ständen festzuhalten und alle anderweitigen Wün-
sche der Länder und Gemeinden abzulehnen. Da-
bei wurden eingehende Vorklagen über die
Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden ab-
gemacht und auf die Notwendigkeit der Durchfüh-
rung äußerster Sparmaßnahmen bei den Ländern und
namentlich den Gemeinden hingewiesen.

Der Stapellauf der Zollvorlage.

von Dr. G. W. Schiele.
Der die Zollvorlage nötig hat, der möge sie
auch vertreten. Wir fragen: Wer hat sie denn
nötig?

Zuerst und vor allem der Herr Außenminister
— im Namen der gesamten Reichsregierung —
um der Außenpolitik willen. Es darf nicht ver-
gessen werden, daß wir ein Londoner Abkommen
geschlossen haben und schwere Zahlungen nach
außen übernehmen haben. Das volkswirtschaft-
liche Ein × eine leicht, daß wir hierzu eine aktive
Handelsbilanz haben müssen. Wir haben aber
eine irreführende passive Handelsbilanz. Alle
Forderungen der Welt weisen uns darauf hin; nur
die ausländischen deutschen Minister des Deutschen
Reiches können nichts zu bemerken. Wir verfallen
den uns in einem Grade, daß wir im nächsten
Jahre erfillungsunfähig sein werden. Was
dann? Eine sehr schwierige außenpolitische Lage,
welche man in Sicht nehmen muß!

Im solcher Ausblicken würde dürfte eigentlich
der Außenminister eine Recht erheben. Wir
dürfen nicht neben der Dameschiff noch eine schwe-
bende kommerzielle Schuld durch leichtfertige
Wohlfühlmaßnahmen anhäufen. Was hilft dagegen? Kräf-
tige Zölle, durch welche die Einfuhr an Luxus-
waren und Fertigfabrikaten, insbesondere auch
entworfene Warenmengen abgelehnt wird.
Wofür Schußwille im Namen der Außenpolitik. Wir
wollen das einmal bezeichnen als:

„Dawes-Zölle“.

Wer muß noch die Zollvorlage vertreten?
Der Herr Reichsaussenminister. Auch dieser
dürfte eigentlich seit mehr als 6 Monaten fern-
rätige Vorschläge über jenen Gedanken. Denn
die wichtige kommerzielle Verfassung bedeutet
eine liebreiche Schuld, welche jenen Außenminister
die Währung bedrohen kann. Wenn ihm da
zweifelt erscheint, so möge er den Rat des
Herrn Außenministers im Namen von England oder
des Mr. Gilbert einholen. Den länderwirtschaftlichen
Kolonialstaaten, wie z. B. Argentinien, ist es be-
kannt, daß sie zum Schutze der Währung durch
Zölle die Importität der Handelsbilanz abstoßen
in eine Aktivität perwandelten müssen.
Desgleichen mit. Wir brauchen also:

„Währungs-Zölle“.

Wer ist noch verpflichtet für die Zollvorlage?
Nochmals der Herr Außenminister; und zwar
um der Außenhandelspolitik willen. Ob irrt
oder recht, — es besteht ja im W. die Meinung
daß wir möglichst bald recht viel Handelsverträge
haben müssen. Jeder deutsche Geschäftsträger will
„seinen Handelsvertrag“ haben, als wenn ein
Handelsvertrag gleich einem Orden wäre. All
Handelsverträge werden durch das gefährlich-
ste Band der politischen Bedingnisse zerstückelt
verbunden, wie durch eine Bombenlast. Die
Ambition auf Handelsverträge ist eine gebante
Idee Marotte aus dem alten Reime. Aber
immerhin — verhandeln müssen wir; und hierzu
brauchen wir „Scherben und Scherben“. Die
müssen natürlich wieder Zölle sein. Denn im
Industriezoll sieht man die verfallenen Tücher
der Agrarstaaten, auf die es für unsere Industrie
ankommt, nicht auf.

Wer muß ferner helfen bei dem Stapellauf
des Zolltarifs?
Die Industrie. Sie braucht Agrarzölle, hat
Agrarzölle sogar, aus dem eben angegebenen
Gründe, als:

„Verhandlungs-Zölle“.

Wie will sie sonst ihre verfallenen Tücher
öffnen? Industriezölle gegen Industriezölle für
eine Gebantenlosigkeit. Wenn die englische und
deutsche Industrie einander gegenüber durch In-
dustriezölle den Binnenmarkt verschließen, so hat
das aber keinen bedingnisse zerstückelt
der Produktionswert im Innern — nur den Es-
tola, daß sie sich auf den neutralen Märkten um
so härter kämpfen müssen. Wie sieht das
im Wettbewerb um die Agrarstaaten. Wie wer-
den die gewonnen? Durch Bevorzugung ihrer
Agrarstaaten auf welche Weise? Durch Differ-
enzierung gegen andere Agrarstaaten. Die deut-
sche Industrie ohne Agrarzölle ist wertlos.

Wer muß noch mitteilen?
Der Herr Reichsaussenminister und der Herr
Finanzminister. Beide brauchen Agrarzölle als
„Ausgleichs-Zölle“.

Nämlich es ist ein unalter Bedarf der Frei-
handelspolitik, daß wenn eine Ware im Inland m-
schweren Abgaben, z. B. Umwälzsteuer zu 6 bis
7 Prozent des Wertes befreit wird, eine ebenfol-
gende Abgabe als Zoll welche die Einfuhr von
Einfuhr ablat werden muß, damit nicht die ein-
heimische Ware unterliegt und der Herr Finanz-
minister den Eingang seiner Steuern vermisst.

